



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

DPoIG • Graf-Adolf-Platz 6 • 40213 Düsseldorf

Präsident des Landtags
Nordrhein - Westfalen

Postfach 101143

40002 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME
18/14**

Alle Abgeordneten

Landesverband NRW

Graf-Adolf-Platz 6
40213 Düsseldorf
Telefon 0211/93368667
Telefax 0211/93368679

info@dpolg-nrw.de
www.dpolg-nrw.de

Düsseldorf, 18. Oktober 2022

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Nachtragshaushaltsgesetz 2022 – NHHG 2022)

Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 18/900

Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses und des Unterausschusses Personal

Die Deutsche Polizeigewerkschaft Nordrhein-Westfalen - DPoIG NRW - bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme. Unsere Stellungnahme bezieht sich hauptsächlich auf den Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern, Einzelplan 03. Hinsichtlich anderer Bereiche schließen wir uns der Stellungnahme unseres Dachverbandes, dem Deutschen Beamtenbund DBB NRW, an.

Der Krieg in der Ukraine mit seinen weitreichenden Folgen, eine Pandemie mit ungewissem Verlauf, die steigende Inflation, erhöhte Kosten durch die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, bei z.B. der Energiepreispauschale etc., verursachen Kosten, welche nicht beim Haushaltsgesetz 2022 berücksichtigt werden konnten.

Die Landesregierung setzt nun die Ergebnisse ihres Koalitionsvertrages um, investiert u.a. im Bereich Bildung und beseitigt mit einem einheitlichen Einstiegsamt bestehende Ungerechtigkeiten -mit der Prämisse- so auch mehr qualifizierte und geeignete Bewerber für den Lehrerberuf an allen Schulformen zu gewinnen. Ebenso werden die finanziellen Mittel für den Hochwasser- und Katastrophenschutz sowie den Klimaschutz aufgestockt.

Wir begrüßen, dass mit dem Nachtragshaushaltsgesetz 2022 erneut zusätzliche, und dringend benötigte, Ausgaben für den Bereich der inneren Sicherheit bereitgestellt werden.

Die Einstellungsermächtigungen werden um 400 weitere Stellen, von 2600 auf 3000, angehoben.



Durch erhöhte Einstellungszahlen sind die derzeitigen Kapazitäten aller Ausbildungsträger, trotz Anmietung neuer Räumlichkeiten für das Studium, mehr als erreicht. Belastungen der Dozenten, Ausbilder und Tutoren steigen entsprechend. Neben nun erforderlichen weiteren Raumkapazitäten bedeuten mehr Studentinnen und Studenten auch ein notwendiges Plus an Dozentinnen und Dozenten, Tutorinnen und Tutoren, Ausbilderinnen und Ausbilder.

Noch immer gibt es eine, nach gehobenem und höherem Dienst, unterschiedliche Vergütung von nicht hauptamtlichen Dozentinnen und Dozenten an der HSPV. Dieser Umstand ist zu korrigieren und an die Vergütung für den höheren Dienst anzupassen. Desweiteren sollten auch grundsätzlich mehr Dozentinnen und Dozenten des gehobenen Dienstes mit Praxiserfahrung die Möglichkeit haben, Verwendung als hauptamtliche Dozentinnen und Dozenten an der HSPV zu finden.

Tutorinnen und Tutoren, Ausbilderinnen und Ausbilder übernehmen eine große Verantwortung in der Praxis. Sie sollten ebenfalls eine entsprechende Vergütung in Form einer adäquaten Zulage erhalten.

Mehr Personal in allen Dienststellen, auch in den Kreispolizeibehörden muss auch mit entsprechenden Mittelzuweisungen für eine bessere Ausstattung im Bereich der EDV einhergehen. Bei allen Bemühungen und Investitionen sind nach wie vor Computer und Lizenzen ein Mangelfaktor in den Behörden, der sich durch eine Vergrößerung des Personalbestandes verstärken wird. Daher sind insbesondere mehr Mittel für die erforderlichen Lizenzen zur elektronischen Datenverarbeitung erforderlich. Computer und Laptops -auch für die Nutzung im Homeoffice- mit entsprechende Softwarelizenzen dürfen in der modernen Verwaltung keinen Mangel darstellen.

Ebenso ist die Konsequenz von mehr Personal auch ein notwendiges plus an Fahrzeugen und jeglicher Ausstattung in allen Bereichen der jeweiligen dienstlichen Verwendung.

Bei den begrüßenswerten neuen 400 Einstellungsermächtigungen gilt es auch weiterhin die Ansprüche und Anforderungen an die Bewerberinnen und Bewerber nicht zu reduzieren. Mit dem Studium fällt die Entscheidung für ein facettenreiches, aber auch belastendes „Leben“ als Polizeibeamtin/ Polizeibeamter.

Anregen möchten wir eine Neugliederung des Studiums insgesamt. Eine Unterbringung während des Studiums an ausgewählten Standorten der Studierenden in Kombination von Studium und Praxisanteilern, erscheint zumindest prüfenswert. Auch muss der Beruf der Polizeibeamtin/ des Polizeibeamten weiter attraktiv gestaltet werden. Daher sollte die Landesregierung unbedingt beim sogenannten „Attraktivitätsgesetz“ nachschärfen. Bewerber für den Polizeiberuf müssen, analog der freien Wirtschaft, frühzeitig zu Schulzeiten identifiziert und begleitet werden. Ein frühes „Recruiting“ durch spezielle Teams erscheint ratsam.

Finanzielle Mittel zur Bekämpfung von „Cybercrime“, einem stets ansteigenden Phänomenbereich mit immer neuen Formen der Kriminalität, werden ebenfalls mit dem Nachtragshaushalt 2022 zur Verfügung gestellt. Polizei und Justiz müssen stets gut aufgestellt, auf dem neuesten Stand der Technik sein, um Täter aus der Anonymität des Cyberraumes herauszuholen und dingfest zu machen. Die Bürgerinnen und Bürger sind zu schützen vor



Cybergrooming, online Betrügereien, Phishing, Identitätsdiebstahl etc.. Ebenso zu schützen sind neben Firmen, Geschäften und Betrieben – auch staatliche Stellen - vor Cyberangriffen.

„Cybercrime“ wird sowohl in den Kreispolizeibehörden, als auch beim LKA bekämpft und kennt weder Zuständigkeiten noch Landesgrenzen. Daher ist das 2011 gegründete Cybercrime Kompetenzzentrum beim LKA NRW – neben den „Cybercrime“ Dienststellen der Kreispolizeibehörden, eine wichtige koordinierende Dienststelle mit einem professionellem Arbeitsbereich und Ermittlungskommissionen für herausragende Verfahren, Experten für Computerforensik, Telekommunikationsüberwachung, Auswertung, Analyse, Prävention und die Zentrale Internetrecherche und Auswertestelle für Kinderpornografie.

Mit dem Nachtragshaushalt werden in schwierigen und unsicheren Zeiten sensible Bereiche der inneren Sicherheit zum Gemeinwohl der Menschen in NRW gestärkt.

Erich Rettinghaus
Vorsitzender